**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
03. HuFA 2020-2025
Sitzungsdatum:
24.03.2021**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 24.03.2021

Unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Oliver Walther** versammelte sich heute um 16:30 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2021
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung
3. Controllingbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
4. Annahme einer Schenkung
hier: Bilder des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum
5. Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg
hier: Anschubfinanzierung zur Reaktivierung und Unterstützung der Wochenmärkte sowie Aussetzung der Erhebung von Marktgebühren
6. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg
7. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
8. Erstellung eines konsensorientierten Verfahrens zur Benennung von Straßen und Plätzen
hier: Ratsbeschluss vom 27.08.2020
9. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen
10. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung der NEW NiederrheinWasser GmbH an der WLN Wasserlabor Niederrhein GmbH
11. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Übach-Palenberg

12. Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW
13. 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
14. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 3. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss
15. Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
16. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd- 1. Änderung hier: Abschluss der erneuten öffentlichen Auslegung und Beschluss als Satzung
17. Straßenbenennung
- 17.1 Straßenbenennung im Bereich Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus
- 17.2 Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 129 Seniorenwohnanlage Hovergracht
18. Grundstücksübernahme aufgrund der Verlegung der K 11 im Zuge der Neugestaltung des Rathausplatzes sowie Aufstufung der Straße "An der Linde"
19. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr
20. Verkehrliche Gestaltung der geplanten Haupteerschließungsachse für das Neubauquartier Rimburger Acker
21. OGS Beitragssatzung
22. Anregung nach § 24 GO NRW vom 19.02.2021 betr. Bündnisbeitritt "Städte Sicherer Häfen"
23. Anregung nach § 24 GO NRW vom 09.03.2021 betr. DIY Skatepark in Übach-Palenberg
24. Erweiterungen zur Tagesordnung
25. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
26. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.08.2020 aus nichtöffentlicher Sitzung
27. Grundstücksangelegenheiten
- 27.1 Veräußerung einer ca. 31 qm großen Grundstücksteilfläche aus den Grundstücken Flur 17 Nrn. 503 und 1028; Lessingstraße

- 27.2 Erwerb einer Teilfläche des Grundstücks Flur 4 Nr. 695 im Gewerbegebiet Holt-
hausen, Brünestraße/Otto-Hahn-Straße
- 27.3 Veräußerung einer ca. 1.750 qm großen Teilfläche aus den Grundstücken Flur
63 Nrn. 1945, 818, 819, 822 und 823 an der Ägidiusstraße, hier: Verlängerung
der Rücktrittsfrist
- 27.4 Veräußerung eines Gewerbegrundstückes im Gewerbe- und Industriegebiet
Weißenhaus; ehem. Gut Weißenhaus
- 28. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW
Viersen GmbH an der Erdgasversorgung Schwalmthal GmbH & Co. KG
hier: Übertragung der Anteile der Gelsenwasser AG an der Erdgasversorgung
Schwalmthal Verwaltungs-GmbH auf die ENNI Energie & Umwelt Niederrhein
GmbH
- 29. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 30. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 30.1 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 30.2 Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Daniela Altana	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Bernhard Brade	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Marcel Derichs	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Peter Fröschen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Gerhard Gudduschat	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Walter Junker	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Frau Doris Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Herr Gerd Streichert	SPD (SPD-Fraktion)
Frau Angela Suchan-Reinhardt	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)
Frau Corinna Weinhold	UWG (UWG-Fraktion)

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Oliver Walther CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beek

Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Bischoff
Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus
Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Walther stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bat vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der sehr langen Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Zukunft und des Ausschusses für Bauen und Ordnung in der vergangenen Woche, die Tagesordnungen künftig generell anders zu gestalten.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2021**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.02.2021 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.08.2020 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Controllingbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg**

Gleichstellungsbeauftragte Bischoff stellte dem Rat ihren Controllingbericht vor. Der Bericht ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriften-

sammlung enthalten. Im Anschluss beantwortete sie Rückfragen der SPD-Fraktion, die sich auf die Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung von Führungspositionen für Frauen bei der Stadtverwaltung sowie die gendergerechte Sprache im Rahmen der Rats- und Ausschussunterlagen bezogen.

**4. Annahme einer Schenkung
hier: Bilder des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum**

Beschlussempfehlung:

Die Schenkung der folgenden Bilder (1 Leinwandgemälde/ 10 Zeichnungen) des Künstlers Hermann Josef Mispelbaum wird angenommen:

- **Stuhlmann, 1972, Leinwandgemälde**
- **Die Rückkehr des Kriegers, 2005, Zeichnung**
- **Kahlschlag, 2007, Zeichnung**
- **Erd-Geburt, 2005, Zeichnung**
- **Erdlauf, 2008, Zeichnung**
- **Erdhaken, 2004, Zeichnung**
- **Zögling süß-sauer, 2013, Zeichnung**
- **Patient mit Pflegerin und Kind, 2013, Zeichnung**
- **Erdpatient, 2018, Zeichnung**
- **Der Waffenhandel + (Raus), 2017, Zeichnung**
- **Die große Wut im Spiegel, 2018, Zeichnung**

Die Schenkung ist mit keinerlei Auflagen verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**5. Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg
hier: Anschubfinanzierung zur Reaktivierung und Unterstützung der Wochenmärkte sowie Aussetzung der Erhebung von Marktgebühren**

Auf Anregung der SPD-Fraktion, beide Märkte zu einem zusammenzufassen und an einem zentraleren Standort wie dem Carlsplatz durchzuführen, erläuterte die Verwaltung ihre Beweggründe für die vorliegende Beschlussempfehlung. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass beide Marktstandorte grundsätzlich ihren eigenen Kundenstamm haben, wolle man an beiden festhalten und die weitere Ent-

wicklung abwarten.

Beschlussempfehlung:

1. Zur Wiederbelebung des Wochenmarktes auf dem Rathausplatz und dauerhaften Stärkung des Wochenmarktes an der Karlskapelle wird den ersten 5 neuen Händlern in dem Zeitraum vom 25.03.2021 bis zum 31.10.2021 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50,00 Euro je Standtag und Händler gewährt. Die Anschubfinanzierung wird auf einen Höchstbetrag von 7.750 € begrenzt.
2. Die Erhebung der Marktgebühren auf Basis der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Wochenmärkte in der Stadt Übach-Palenberg vom 15.10.1981 in der Fassung vom 14.11.2001 wird in der Zeit vom 25.03.2021 bis zum 31.03.2022 ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. **Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschlussempfehlung:

Die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg vom 03.07.2014 wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 werden die Wörter „ am 10. Tag“ gegen die Wörter „9 volle Tage“ ausgetauscht.
2. In § 4 Abs. 3 wird die Zahl „10“ gegen die Formulierung „9 volle“ ausgetauscht.
3. In § 4 Abs. 4 wird die Zahl „10“ gegen die Formulierung „9 volle“ ausgetauscht.
4. In § 4 Abs. 4 Buchstabe a) wird die Zahl „5“ gegen die Formulierung „4 volle“ ausgetauscht.
5. § 9 Abs. 2 Buchstabe d) wird wie folgt neu gefasst:
„Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Stadt; dies gilt auch für Pacht, Miete oder ähnliche Rechtsgeschäfte, durch die der Gemeinde Rechte an einer Liegenschaft verschafft werden bzw. die Stadt solche Rechte Dritten verschafft,“
6. § 9 Abs. 2 Buchstabe f) wird wie folgt neu gefasst:
„Angelegenheiten der Rechnungsprüfung mit Ausnahme der Beratung des Jahresabschlusses und der Entlastung des Bürgermeisters (§ 96 Abs. 1 GO NRW),“
7. In § 9 Abs. 4 wird die Zahl „49“ gegen die Zahl „48“ ausgetauscht.
8. In § 17 Abs. 1 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
9. In § 18 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des

- Rates“ ausgetauscht.
10. In § 19 Abs. 1 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
  11. In § 19 Abs. 5 wird das Wort „Ratsmitglied“ gegen die Wörter „Mitglied des Rates“ ausgetauscht.
  12. § 36 Abs. 9 wird zwischen den Paragraphen 8 und 25 um „16 Abs. 6,“ ergänzt.
  13. § 40 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, biometrischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.“
  14. Der Klammerzusatz in § 41 Satz 5 „(vgl. § 18 Abs. 1 Nr. 1 DSGVO NRW)“ wird gegen den Klammerzusatz „(vgl. § 49 Abs. 1 DSGVO NRW)“ ausgetauscht.
  15. § 41 wird nach Satz 5 um folgende Sätze ergänzt:
„Zu beachten ist hierbei die Beschränkung des Auskunftsrechts gem. § 12 DSGVO NRW.
Vertrauliche Unterlagen sind unverzüglich und dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen, wenn diese für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.
Bei einem Ausscheiden aus der Gemeindevertretung oder einem Ausschuss sind alle vertraulichen Unterlagen sofort dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen.
Die Unterlagen können auch der Gemeindeverwaltung zur Vernichtung bzw. Löschung übergeben werden.
Die ausgeschiedenen Mitglieder haben die Vernichtung bzw. die Löschung aller vertraulichen Unterlagen gegenüber dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin schriftlich zu bestätigen.“
  16. § 43 wird in Satz 1 u d 2 jeweils um die Alternative „oder digital zur Verfügung zu stellen“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. **Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschlussempfehlung:

Die Zuständigkeitsordnung wird wie folgt geändert:

1. § 5 Haupt- und Finanzausschuss

**§ 5 Absatz 4 wird um den Buchstaben n) mit folgendem Inhalt ergänzt:
„Annahme von Schenkungen aller Art (z. B. Geld, Forderungen, Sachen, Dienstleistungen), soweit der Wert der Schenkung über 500 € liegt oder die Schenkung mit Auflagen verbunden ist, deren Erfüllung bei der Stadt Kosten verursacht.“**

2. § 11 Zuständigkeit des Bürgermeisters

**§ 11 Absatz 4 wird um den Buchstaben l) mit folgendem Inhalt ergänzt:
„Annahme von Schenkungen aller Art (z. B. Geld, Forderungen, Sachen, Dienstleistungen), soweit der Wert der Schenkung nicht über 500 € liegt und die Schenkung nicht mit Auflagen verbunden ist, deren Erfüllung bei der Stadt Kosten verursacht.“**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 8. Erstellung eines konsensorientierten Verfahrens zur Benennung von Straßen und Plätzen
hier: Ratsbeschluss vom 27.08.2020**
-

Beschlussempfehlung:

Folgendes Verfahren zur Benennung von Straßen und Plätzen wird beschlossen:

- 1. Die Verwaltung teilt über das für die Benennung von Straßen und Plätzen zuständige Fachamt den Fraktionen frühzeitig die Notwendigkeit von Straßenbenennungen mit.**
- 2. Die Fraktionen erarbeiten entsprechende Vorschläge und stimmen diese in Eigenregie im Rahmen einer fraktionsübergreifenden Besprechung miteinander ab. Hierzu entsenden die CDU-FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion jeweils 2 Mitglieder, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die UWG-Fraktion jeweils 1 Mitglied.**
- 3. Die Fraktionen sind berechtigt, weitere Personen für die Beratung hinzuziehen.**
- 4. Die Fraktionen teilen der Verwaltung ihre gemeinsam erarbeiteten Vorschläge mit, die dann zur Vorberatung in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales und zur Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss gegeben werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie werde grundsätzlich zustimmen. Ihre Anregungen hierzu werde sie aus Zeitgründen erst in der Ratssitzung vorbringen.

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte die Verwaltung, dass es bei der Ausschreibung keine über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden Vorgaben bspw. für den Entsorgungsradius für die Entsorgungsunternehmen geben werde. Da nach Aussage des Beratungsunternehmens der Stadt anhand der aktuellen Marktpreise mit einer Preissteigerung von 20 % und mehr gerechnet werden müsse, habe man auf preissteigernde Kriterien verzichtet.

Beschlussempfehlung:

Die Entsorgungsdienstleistungen in der Stadt Übach-Palenberg werden zum 01.01.2022 gemäß der Begründung EU-weit ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG hier: Beteiligung der NEW NiederrheinWasser GmbH an der WLN Wasserlabor Niederrhein GmbH

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt der Übertragung der Geschäftsanteile der Stadtwerke Duisburg AG an der Wasserlabor Niederrhein GmbH auf die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates der Stadt Übach-Palenberg

---

Beschlussempfehlung:

Gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat werden folgende Kandidaten für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2020 – 2025 in den Senioren- und Behindertenbeirat berufen:

- 1. Heinz-Dieter Massing**
- 2. Frank Nowack**
- 3. Gerrit Heidenreich**
- 4. Hans Ohle**

5. Renate Rautert
6. Sibille Breiler
7. Gerd Holländer
8. Mieke Lanceé
9. Barbara Kramer
10. Dieter Meyer

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW

Beschlussempfehlung:

Der Mitgliedschaft im Netzwerk Innenstadt NRW mit einem Jahresbeitrag von 2.000 €, der erst ab dem Jahr 2023 zu zahlen ist, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung

---

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung gem. 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zur 56. Änderung des Flächennutzungsplanes – Nahversorgung Frelenberg - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes – Nahversorgung Frelenberg - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

14. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 3. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss

---

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – 3. vereinfachte Änderung wird gefasst.**
- 2. Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit erfolgt gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 letzter Halbsatz BauGB im Rahmen der Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.**
- 3. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgt gem. 13 Abs. 2 Nr. 3 erster Halbsatz BauGB durch Übersendung des Planentwurfs einschl. der Begründung und der Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

15. Bebauungsplan Nr. 118 - Nahversorgung Frelenberg - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung

---

Beschlussempfehlung:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung gem. 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der frühzeitigen Beteiligung gem. 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**

3. Der Planentwurf zum Bebauungsplan Nr. 118 – Nahversorgung Frelenberg - wird beschlossen. Vor der öffentlichen Auslegung können sich noch Änderungen am Plankonzept ergeben (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 118 – Nahversorgung Frelenberg - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

- 16. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd- 1. Änderung
hier: Abschluss der erneuten öffentlichen Auslegung und Beschluss als
Satzung**
-

Beschlussempfehlung:

1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
4. Über die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
5. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 1, 2 und 4 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

17 Straßenbenennung

17.1 Straßenbenennung im Bereich Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus

---

Beschluss:

Die Verlängerung der Haupt-Erschließungsstraße im Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus erhält den Namen „Fraunhoferstraße“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17.2 Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 129 Seniorenwohnanlage Hovergracht

---

Beschluss:

Die Planstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 129 Seniorenwohnanlage Hovergracht wird „Hovergracht“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. Grundstücksübernahme aufgrund der Verlegung der K 11 im Zuge der Neugestaltung des Rathausplatzes sowie Aufstufung der Straße "An der Linde"

Bei der Beschlussfassung wurde die im letzten Absatz notwendige Korrektur („An der Linde“ statt „An der Linder“) berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Grundstücksübernahme der neuen Flurstücke, Flur 17, Flurstücke 1833 und 1851

Der Grundstücksübernahme der Flurstücke in das Eigentum der Stadt Übach-Palenberg wird zugestimmt.

Aufstufung der Straße „An der Linde“ von der Gemeindestraße zur Kreisstraße

Der Aufstufung des Straßenabschnittes „An der Linde“ von Gemeindestraße in Kreisstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr

Beschlussempfehlung:

Gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG) vom 23.09.1995 (GV.NRW.S.1028, ber. In GV.NRW 1996, S.81, S.141, S.216, S.355, ber. In GV.NRW 2007 S.327) in der zurzeit geltenden Fassung wird die im Eigentum der Stadt Übach-Palenberg stehenden Straße

- Pater-Bertram-Weg (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 33, Flurstück-Nr. 1161)

als Gemeindestraße im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW eingestuft und dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt gewidmet. Sie haben entsprechend § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW die Funktion von Straßen, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20. Verkehrliche Gestaltung der geplanten Haupteerschließungsachse für das Neubaugebiet Rimbürger Acker

---

Beschlussempfehlung:

Zur Planung und Querschnittsaufteilung des Straßenraums für die angelegte Haupteerschließungsachse des Neubaugebietes Rimbürger Acker wird die vorgestellte Variante D ausgewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21. OGS Beitragssatzung

Die **CDU-FDP-Fraktion** nahm Bezug auf den im Vorfeld erfolgten Abstimmungs-

prozess zwischen den Vertretern der im Rat vertretenen Fraktionen, den Vertretern der Verwaltung und den Vertretern der Elterninitiative mit dem einvernehmlichen Ergebnis, Musterberechnung 8 zur Entscheidung in die politischen Gremien zu geben. Insofern werde sie sich der sich daraus ergebenden vorliegenden Beschlussempfehlung anschließen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, auch sie werde heute so zustimmen. Sie spreche sich aber nach wie vor dafür aus, Eltern in Beitragsstufe 1 freizustellen.

Es wurde sich darauf verständigt, dass die Verwaltung prüfen möge, inwieweit sich dies auf die Beihilfe des Kreises auswirken würde.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Teilnahme von Schulkindern an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen offener Ganztagschulen und der Vormittagsbetreuung im Primarbereich (Beitragssatzung OGS/Vormittagsbetreuung Primarbereich) vom 18. Mai 2020 der Stadt Übach-Palenberg in der aus Anlage 1 ersichtlichen Fassung mit Wirkung zum 01.08.2021 (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Die als Anlage 1 beigefügte Satzungsänderung ist Bestandteil des Ratsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22. Anregung nach § 24 GO NRW vom 19.02.2021 betr. Bündnisbeitritt "Städte Sicherer Häfen"

Die **Fraktion Bündnis 90/ die Grünen** begrüßte die vorliegende Anregung und schlug vor, sie zur Beratung an den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales zu verweisen.

Beschluss:

Die Anregung wird zur Beratung an den Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23. Anregung nach § 24 GO NRW vom 09.03.2021 betr. DIY Skatepark in Übach-Palenberg

---

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, sie stehe der vorliegenden Anregung grundsätzlich sehr positiv gegenüber, jedoch halte sie den angedachten Standort für problematisch. Hierzu sollten seitens der Verwaltung Alternativen geprüft werden. Die

Anregung sollte insgesamt im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Die **UWG-Fraktion** ergänzte den Vorschlag um die Bitte, eine entsprechende Kostenermittlung in die Beratung einfließen zu lassen.

Auch die **SPD-Fraktion** begrüßte die vorliegende Anregung. Allerdings sehe auch sie noch einige offene Fragen auf dem Weg dorthin. Mitbetrachtet werden sollten neben den genannten Aspekten auch der Förderantrag Pumptrack und die Verbesserungsmöglichkeiten der Skateranlage am Schulzentrum.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** freute sich sehr über die vorliegende Anregung und stimmte einem Verweis an den zuständigen Fachausschuss zu.

Beschluss:

Die Anregung wird zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen. In die Beratung sollen die aktuelle Situation betr. Pumptrack, die Gesamtsituation für entsprechende Freizeitgestaltungen im Stadtgebiet und alternative Standorte für einen Skatepark einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

24. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

25. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Seitens der Verwaltung wurde über die Möglichkeit einer Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. berichtet. Im Rahmen einer Mitgliedschaft werden Rabattierungen für Fortbildungen, die die Verwaltung in Anspruch nehmen, gewährt. Der Mitgliedsbeitrag pro Jahr betrage 310 €.

Es sei angedacht gewesen, eine entsprechende Beschlussfassung in der folgenden Sitzungsperiode im Juni vorzuschlagen. Seitens der Fraktionsvorsitzenden sei heute jedoch signalisiert worden, dass sie eine Beschlussfassung hierzu in der heutigen Ratssitzung unterstützen würden, um kurzfristig die ersten Rabattierungen für bereits anstehende Fortbildungen in Anspruch nehmen zu können. Insofern werde in der nachfolgenden Ratssitzung eine entsprechende Erweiterung der Tagesordnung hierzu zur Abstimmung gestellt.

Bürgermeister Walther schloss um 17.56 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Walther** um 18.24 Uhr die Sitzung.

Walther
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin